



# «Die Axpo sollte vom Bund verstaatlicht werden»

Aargauer Handelskammer-Vize Peter Gehler will die Stromversorgung national regeln.

**Interview: Jocelyn Daloz**

Seitdem bekannt wurde, dass der Bund dem Energiekonzern Axpo mit einem Rettungsschirm von vier Milliarden Franken unter die Arme greift, werden vonseiten der Politik Stimmen laut, die mehr Kontrolle über das Unternehmen fordern. Das Bundesamt für Justiz will gar den Föderalismus beim Planen grosser Energieanlagen aushebeln. Nun kommt eine weitere Stimme, diesmal aus der Wirtschaft, mit einer noch radikaleren Forderung: Die Axpo und die BKW sollten nicht mehr den Kantonen, sondern dem Bund untergeordnet sein. Das verlangt Peter Gehler, Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) und Vize-Verwaltungsratspräsident des Zofinger Pharmakonzerns Siegfried.

**Herr Gehler, es gibt bereits Ideen, um die Axpo stärker zu kontrollieren und somit die Energieversorgung der Schweiz zu stärken. Inwiefern unterscheidet sich Ihre?**



Peter Gehler, Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer. Bild: ZVG

**Peter Gehler:** Für mich geht das alles zu wenig weit. Bei der Energieversorgung auf nationaler Ebene müsste der Bund selber namhaft beteiligt sein.

**Was schlagen Sie vor?**

Momentan wird die Stromversorgung von einigen Grosskonzernen und unzähligen kleinen Versorgern garantiert. Das ist unüberschaubar und gefährlich für unsere Energieversorgung. Das erinnert mich an die Gründung der SBB, als wir viele kleine Bahnen miteinander unter den Fittich des Bundes zusammenführten, da es klar wurde, dass der Bahnverkehr nicht durch private Firmen gewährleistet werden konnte, aber von nationaler Relevanz war.

**Das heisst, der Bund würde die Axpo, die Alpiq und die BKW verstaatlichen?**

Ja, wenigstens den Teil, der die Energieversorgung betrifft. Wo bei es auch eine private Firma sein könnte, die, ähnlich wie die SBB, einen klaren Leistungsauftrag hat. Ich glaube jedenfalls nicht, dass die Kantone in der Lage sind, die Versorgung des Landes mit genügend Strom zu günstigen Preisen zu leisten. Das muss Bundesaufgabe sein.

**Warum können das die Kantone nicht?**

Weil sie unterdessen andere Interessen haben. Ursprünglich hatten diese Unternehmen ja den Auftrag, die Stromversor-



gung sicherzustellen. Aktuell geht es allerdings mehr darum, Gewinn zu machen und den Kantonen und Gemeinden Dividenden auszuschütten. Es ist ja nicht verboten! Aber die meisten dieser Unternehmen gehören dem Staat und sollten einen entsprechenden Auftrag haben. Wir haben es gesehen: Der Bund weist die Verantwortung auf die Kantone zurück, die für die Energieversorgung zuständig sein sollen, diese wiederum sehen sich seit 2009 von diesem Auftrag entbunden.

**Und umgekehrt sagen die Kantone, sie könnten den Unternehmen nicht helfen, weil sie dazu keine gesetzliche Grundlage haben.**

Genau. Wenn die Kantone jetzt nach dem Bund schreien, dann zeugt ja das von einem strukturellen Problem. Die Axpo hat ebenfalls so argumentiert: Die Milliarden des Rettungsschirmes hätten von den einzelnen Parlamenten in den einzelnen Kantonen genehmigt werden müssen. Diese Unternehmen sind somit nicht beweglich genug, um in einer Krise agil zu reagieren.

**Dass gerade Sie, ein liberaler Wirtschaftsvertreter, von einer zentralisierten Verstaatlichung reden, erstaunt.**

Der Staat hat ja schon seit jeher alles in der Hand, man muss nichts mehr verstaatlichen. Es geht nur darum, auf welcher Ebene er welche Verantwortung übernehmen soll. Wenn es sich bei der Axpo, den BKW und den kleineren Versorgern um privatwirtschaftliche Unternehmen

handeln würde, dann müsste man diesen einen klareren Leistungsauftrag auf einer gesetzlichen Grundlage erteilen. Aber das ist ja nicht der Fall.

**Ein solches Vorhaben dürfte auf Widerstand stossen.**

Ja, ich nehme an, dass sich die Kantone wehren werden. Aber der Bund könnte so etwas anstreben und ich finde, er müsste das. Ich könnte mir auch vorstellen, dass einige Kantone angesichts der Risiken selber Interesse hätten, die Verantwortung für die nationale Energieversorgung abzugeben. Die Kantone ihrerseits sollten in ihrem Einflussgebiet für Ordnung sorgen. Alle diese kleinen Gemeindegewerke sind nicht mehr zielführend. Es ist auch eine Sache der Gleichbehandlung: Ein Haushalt im Murgenthal muss momentan 250 Prozent mehr bezahlen, in Zofingen gleich nebenan nur 40 Prozent? Die Kunden sind den oftmals überforderten Gemeindegewerken vollständig ausgeliefert.

**Weshalb haben wir eine solche Forderung in dieser Form noch nicht gehört?**

Vielleicht haben alle Angst davor, was zu tun wäre, um das umzusetzen. Aber solche Überlegungen sind wichtig, sonst stürzen wir von einer Krise in die andere. Denn es wird nicht besser! Der Ukraine-Krieg gibt uns lediglich einen Vorgeschmack der Energiekrise, die wir ab 2025 befürchteten, weil dann offenbar der Bedarf wesentlich höher ist als das Angebot, auch wegen fehlender internationaler Verträge. Christoph Blocher hat in der «Weltwoche» einen

Strom-General gefordert: Der Begriff ist vielleicht unglücklich gewählt, aber die Stossrichtung unterstütze ich. Die Kompetenzen in diesem Bereich gehören auf die Bundesebene.



Hauptausgabe

Aargauer Zeitung Gesamt Regio  
5001 Aarau  
058/ 200 58 58  
<https://www.aargauerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 30'424  
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich



Seite: 1  
Fläche: 3'516 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 3013554  
Themen-Nr.: 272.003

Referenz: 85650529  
Ausschnitt Seite: 1/1

## AIHK-Vize: Bund soll Axpo übernehmen

**Stromversorgung** Die Axpo sollte nicht mehr den Kantonen, sondern dem Bund untergeordnet sein. Dies schlägt Peter Gehler vor, Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK). Er glaube nicht, dass Kantone in der Lage sind, die Versorgung des Landes mit genügend Strom zu günstigen Preisen zu leisten. Das müsse Bundesaufgabe sein. *(jda.)* **Region**